
Flucht/Migration: sichere Fluchtwege, europäische Solidarität

2018 starben mehr als 2.200 Menschen im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Wie wollen Sie sich auf EU-Ebene für sicherere Fluchtwege einsetzen und europäische Staaten dazu bringen, die Verantwortungen der Migration in Europa unter sich aufzuteilen?

Es ist eine unerträgliche Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Damit Flüchtlinge auf sicheren Wegen bei uns Schutz finden können, setzen wir uns für großzügige Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen ein, sowie für EU-weite Regeln für humanitäre Visa. Wir wollen außerdem den Nachzug von Flüchtlingsfamilien ausweiten. Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, muss die EU zusammen mit anderen Industriestaaten Klimapässe anbieten. Für diejenigen, die zum Arbeiten nach Europa kommen wollen, brauchen wir ein EU-Einwanderungsrecht, das Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus die legale Einwanderung nach Europa ermöglicht.

Die Blockade einiger Länder gegen ein faires Verteilungssystem für Geflüchtete darf nicht das Aus für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa bedeuten. Die Bundesregierung muss deshalb zusammen mit anderen Mitgliedstaaten zunächst ohne die Blockierer vorangehen und Asylsuchende nach einem fairen Schlüssel aufnehmen.

Unternehmensverantwortung/Kinderarbeit

Weltweit gibt es 168 Millionen Kinder, die, anstatt die Schule zu besuchen, in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen sind. Diese schädigen ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung und sind zum Teil lebensgefährlich. Diese inakzeptablen Verhältnisse werden dadurch verstärkt, dass durch Kinderarbeit produzierte Produkte hier nach Europa importiert werden. Was werden Sie unternehmen, um allen Kindern ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen?

Unsere Kleidung wird meist unter gefährlichen Bedingungen für extrem niedrige Löhne produziert. Notwendig sind deshalb gesetzliche Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der Europäischen Union – auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und Transparenz in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen-, Kinder- und Arbeiter*innenrechte einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben. Für Textileinfuhren nach Europa wollen wir gesetzliche Mindeststandards verankern. Innerhalb der Welthandelsorganisation sollte die Europäische Union eine Initiative starten, die soziale und ökologische Regeln für die gesamte Lieferkette im Textilbereich verankert. Diese Regeln können dann nach und nach auf andere Sektoren ausgedehnt werden.

Bildung: politische Bildung, globales Lernen

Politische Bildung für alle Menschen unabhängig von sozialer Herkunft ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und eines vereinten Europas. Wie kann auf europäischer Ebene ein politisches Bildungsprogramm realisiert werden, dass möglichst viele Menschen erreicht?

Wir GRÜNE fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben. Diese Zentrale soll unter dem Eindruck des Beutelsbacher Konsenses von 1976 stehen und Kontroversität, das Überwältigungsverbot und eine Schüler*innenorientierung (Studierendenorientierung) berücksichtigen. Wir erhoffen uns von einer solchen Zentrale europaweit neue Impulse für die politische Bildung und ein verbessertes Angebot für Schulen und Universitäten.

Forschung und Aufklärung im Bereich der politischen Bildung werden in Zeiten von Fake News und stärker werdenden rechtspopulistischen Strömungen ein immer wichtigerer Bestandteil für die Gesellschaft werden. Um auf diese Tendenzen angemessen reagieren zu können, ist eine Vernetzung der Akteur*innen immens wichtig. Eine Zentrale für politische Bildung kann genau hier ansetzen und Europa politisch weiterbilden.

Klima

Nordamerika und Europa haben weltweit den größten ökologischen Pro-Kopf-Fußabdruck. Jedoch sind die Folgen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens momentan am meisten spürbar. Wie sorgen Sie dafür, dass die Länder im Globalen Süden, die jetzt schon unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, von der EU als Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, entschädigt und unterstützt werden?

An erster Stelle muss die Europäische Union zu einer Union des Klimaschutzes werden, um Klimaschäden zu Hause und im globalen Süden zu vermeiden. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Klimapolitik endlich an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichtet. Eine Erderhitzung, die nicht unter 1,5 Grad liegt, wird unkontrollierbare Folgen haben. Und sie trifft zuerst jene, die die Klimakrise nicht verursacht haben und sich am wenigsten vor den Auswirkungen schützen können: Menschen, besonders Frauen, in den Ländern des globalen Südens. Deshalb streiten wir – an der Seite einer globalen Bewegung – für Klimagerechtigkeit. Für Millionen von Menschen weltweit ist die Klimakrise längst kein theoretisches Phänomen mehr. Neben einer grundlegenden Kehrtwende in der eigenen Klimapolitik ist es deshalb Aufgabe der EU, die betroffenen Länder technisch und finanziell bei der Anpassung an die Klimakrise und bei der Bewältigung ihrer Folgen zu unterstützen. Dennoch werden Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen, dass die EU dazu beiträgt, diesen Menschen eine würdevolle und selbstbestimmte Migration zu ermöglichen – innerhalb ihres Landes, in ihrer Region, gegebenenfalls auch nach Europa.

Jugendpartizipation

Bei der letzten Europawahl 2014 haben gerade einmal 39,6% der unter 21 Jährigen Wahlberechtigten und 35,3% der 21-24-jährigen ihr Kreuz gesetzt. Was für Partizipationsmöglichkeiten planen Sie für diese Zielgruppe und wie wollen sie junge Menschen stärker in den EU-Diskurs einbinden?

Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher wollen wir ein Europäisches Jugendparlament schaffen, dessen Mitglieder durch ein Losverfahren bestimmt werden und in dem selbst Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament würde das Europäische Parlament beraten und strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils nächsten Generation gehört wird.